



CGFP

fonction publique

numéro 25, février 2018
paraît 4 fois par an
7^{ème} année

compact

2018: Ein Jahr der großen Herausforderungen

Alljährlicher Neujahrsempfang der CGFP

Am 22. Januar lud die CGFP zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang ein. Das Ereignis fand dieses Mal im „Parc Hotel Alvisse“ in Dommeldingen statt. In seiner kurzen Begrüßungsansprache blickte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff auf ein ereignisreiches Jahr zurück, das unter anderem auch durch eine eindrucksvolle Protestveranstaltung geprägt war. Der Redner stellte unmissverständlich klar, dass die CGFP mit ihrer Forderung nach einer Abschaffung der umstrittenen 80/80/90-Regelung nicht lockerlassen werde.

Die Staatsbediensteten, die ausschlaggebend für einen gut funktionierenden Staat seien, dürften nicht immer nur als reiner Kostenfaktor betrachtet werden.

Gleichzeitig richtete Wolff den Blick nach vorne. Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen im Oktober stehe ein sehr interessantes Jahr bevor. Die Einführung der Zeitsparkonten, die Diskussion über gleitende Arbeitszeiten sowie die Änderungen bei den Sonderurlaubstagen seien nur einige der vielfältigen Themen, denen man sich in den kommenden Wochen widmen werde.

CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger forderte eine rasche Umsetzung des im Jahr 2016 vereinbarten Gehälterabkommens. Abgesehen von der einmaligen Prämie und der Einführung des M-Passes zu vorteilhaften Bedingungen, würden andere wesentliche



Bestimmungen noch immer auf sich warten lassen. Zugleich versicherte Heiliger, dass diese Verzögerung keine finanziellen Einbußen nach sich ziehen würde, da sowohl die Erhöhung des Punktwertes als auch die Essenzulage rückwirkend angewendet werden. Zudem habe niemand böse Steuerüberraschungen in diesem Jahr zu befürchten.

Mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Reform des öffentlichen Dienstes müssten die strittigen Punkte schnellstmöglich auf den Prüfstand genommen werden, um entsprechende Anpassungen vorzunehmen, hieß es weiter. Eine Hauptforderung bleibe die Abschaffung der 80/80/90-Regelung. Nachdem die politischen Reaktionen diesbezüglich spärlich ausfielen, habe der CGFP-Nationalvorstand den Entschluss gefasst,

sowohl die Regierung als auch die Parteien schriftlich aufzufordern, Klartext zu reden. Sie sollen bis zum 19. Februar die CGFP wissen lassen, ob sie generell bereit sind, die strittigen Punkte der Reform zu überarbeiten und insbesondere die Kürzungen bei der Entschädigung der Praktikanten rückgängig zu machen.

„Wenn die Politik nicht reagiert, werden wir agieren“, gab sich Heiliger kämpferisch. Dabei werde die CGFP nicht vor gewerkschaftlichen Maßnahmen zurückschrecken. Sogar eine Schlichtung im öffentlichen Dienst sei nicht auszuschließen. Anders als es jedoch

in den Medien dargestellt wurde, gehe es der CGFP nicht vorrangig darum, einen Streik vorzubereiten, sondern vielmehr den Dialog mit der Regierung zu suchen. An die Politik ging die Warnung, den sozialen Frieden hierzulande nicht leichtsinnig aufs Spiel zu setzen.

Erbost zeigte sich der CGFP-Generalsekretär über manche gehässige Kommentare, die im Internet gegen die CGFP verbreitet wurden. „Da scheint auch die letzte Hemmschwelle gefallen zu sein“, stellte Heiliger fest. Es dürfe die Frage gestellt werden, ob ein Medienhaus, das gemäß seinem Lastenheft einen öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen habe, auch jene Kommentare veröffentlichen müsse, die erwiesenermaßen an der Realität vorbeischrämten.

ml

PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Kernforderung der CGFP wird umgesetzt

Seit Monaten fordert die CGFP, dass die Reform des öffentlichen Dienstes, zweieinhalb Jahre nach ihrem Inkrafttreten, endlich nachgebessert wird. Einer der Schwerpunkte dieser Reform war – neben der 80/80/90-Regelung – die längst überfällige Neueinstufung der staatlichen Laufbahnen.

Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass die Umsetzung dieser eigentlich positiven Reklassifizierung alles andere als zufriedenstellend verlief: Die Neuregelung wurde stellenweise nicht so ausgeführt wie erhofft und rief bei den Betroffenen große Unzufriedenheit hervor. So lässt insbesondere die volle Anerkennung des Dienstalters bei etlichen Berufsgruppen noch immer zu wünschen übrig. Anlässlich ihrer erfolgreichen Protestveranstaltung am 27. November hatte die CGFP zum wiederholten Male auf diese untragbaren Missstände hingewiesen. Dieses leidige Streitthema löste zudem einen von der CGFP unterstützten sektoriellen Konflikt aus.

Kürzlich erklärte sich der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister nun dazu bereit, die geforderten Korrekturen vorzunehmen. In seiner Sitzung am 30. Januar begrüßte der CGFP-Nationalvorstand, dass der Minister den akuten Handlungsbedarf erkannt hat. Mit seiner Ankündigung, er wolle die Ungerechtigkeiten bei der Neuordnung der Laufbahnen aus der Welt schaffen, trägt Minister Dan Kersch damit einer zentralen Forderung Rechnung, die die CGFP bei ihrem Protestmeeting gestellt hatte.

Die Einzelheiten des entsprechenden Gesetzentwurfes liegen der CGFP derzeit noch nicht vor. Es bleibt zu hoffen, dass der Text den ursprünglichen Erwartungen gerecht wird. Dem Vernehmen nach soll die gesetzliche Nachbesserung retroaktiv ab dem 1. Januar 2018 gelten. Bis zu 3.000 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sollen von erheblichen Verbesserungen profitieren. Die CGFP wirft dennoch die Frage auf, welche Berufsgruppen Nutzen aus dieser Karrierereaufwertung ziehen werden. Offen bleibt, wie viel Zeit es in Anspruch nehmen wird, bis das Gesetz die parlamentarische Hürde geschafft hat.

Ein weiteres Thema, mit dem sich der CGFP-Nationalvorstand befasste, war die Einführung des Zeitsparkontos, nachdem der Staatsrat ein durchaus kritisches Gutachten verfasst hatte. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten pocht weiterhin darauf, dass der Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode im Parlament verabschiedet wird. Für die CGFP ist dieses Vorhaben von größter Wichtigkeit, da es den Staats-



Die Migration werde eines der größten Probleme der EU in den nächsten Jahrzehnten bleiben, sagte Gastredner Jean Asselborn.

bediensteten die Möglichkeit bietet, Berufs- und Familienleben besser miteinander zu vereinbaren.

Erfreut zeigt sich die CGFP indes darüber, dass Minister Kersch nach der Privatwirtschaft nun auch im öffentlichen Dienst eine rasche Anpassung beim Mutterschaftsurlaub in Aussicht gestellt hat. Demnach sollen künftig Mütter nach der Geburt über zwölf Wochen „congé de maternité postnatal“ verfügen, und zwar unabhängig davon, ob sie ihr Kind stillen oder nicht.

Als Gastredner bei der jüngsten Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes hielt der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn einen Vortrag über die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die internationale Gemeinschaft derzeit steht.

Gleich zu Beginn seines Referats brach der überzeugte Europäer eine Lanze für die EU: „Wir können zwar kritisieren, wie Europa derzeit funktioniert, doch wir dürfen die Europäische Union niemals infrage stellen.“ Europa leugnen würde bedeuten, die eigene Zukunft zu leugnen. Das einzigartige europäische Konstrukt habe nicht nur dazu beigetragen, in der Nachkriegszeit Frieden zu stiften, sondern auch Wohlstand aufzubauen. Zusammen mit den Gewerkschaften, die eine sehr wichtige Rolle auf EU-Ebene eingenommen hätten, seien erhebliche Fortschritte im sozialen Bereich erzielt worden.

Während seiner Ausführungen schlug Jean Asselborn auch kritische Töne in Bezug auf den Europäischen Rat an. Statt in erster Linie Europa voranzubringen, seien die Staats- und Regierungschefs zunehmend darauf bedacht, ihre nationalen Interessen zu verteidigen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, bewege sich Europa in die falsche Richtung. Eine derartige Entwicklung gehe auch zu Lasten von Luxemburg.

Sorgen bereitet dem luxemburgischen Außenminister, dass einige EU-Staaten Abstand von den gemeinsamen EU-Werten nehmen. Nach Ungarn habe sich auch in Polen die Lage dramatisch zugespitzt. Die Rechtsstaatlichkeit und die Pressefreiheit seien dort nicht mehr gewährleistet. Sollte

Polen seine umstrittene Justizreform nicht rückgängig machen und dennoch sein Stimmrecht auf EU-Ebene behalten, bestehe das Risiko, dass es Nachahmer geben werde. „Wenn wir zulassen, dass an den Grundwerten der EU gerüttelt wird, dann hat Europa versagt. Dies wäre eine Todsünde“, stellte Asselborn klar.

In seiner Rede kritisierte er zudem die mangelnde Solidarität in der Flüchtlingspolitik. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, dass die Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn

und die Slowakei) sich weigern, Flüchtlinge, die bereits in Europa eingetroffen sind, über Aufnahmequoten zu verteilen. Im Rahmen des „Relocation“- und „Resettlement“-Programms habe Luxemburg rund 800 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland sowie aus der Türkei und dem Libanon übernommen und somit seine Verpflichtungen erfüllt. Die Solidarität lasse sich nicht wie eine Wurst in Scheiben schneiden, betonte der erfahrene Chefdiplomat. Seiner Einschätzung zufolge wird die Migration in all ihren Facetten eines der größten Probleme der EU in den kommenden Jahrzehnten bleiben.

Den EU-Austritt Großbritanniens hält Luxemburgs Außenminister für ein lösbares Problem, auch wenn die finanziellen Folgen beachtlich seien. Ungeklärt sei zudem der künftige Status der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und dem britischen Nordirland. Eine „physische“ Grenze gelte es zu vermeiden, da sonst wieder Ausschreitungen drohen würden. Angesichts des bevorstehenden Brexit herrsche derzeit große Unruhe in Großbritannien, so dass schwer abzusehen sei, was uns in diesem Jahr diesbezüglich noch alles erwartet.

Jean Asselborn zog eine Parallele zwischen dem Brexit-Referendum und der Wahl des US-Präsidenten Donald Trump. In beiden Fällen handele es sich um einen „falschen Patriotismus“, der den Eindruck erwecke, dass sich die Geschichte wiederhole. „Kein Land ist so mächtig, dass es die großen Herausforderungen der heutigen Zeit alleine meistern kann“, schlussfolgerte der Gastredner.

Ferner erinnerte der dienstälteste EU-Außenminister daran, dass mit dem Konflikt im Donbass noch immer ein Krieg in Osteuropa tobe. Mit Blick auf den Syrien-Konflikt warnte Asselborn davor, dass hier zwei Nato-Staaten (die USA und die Türkei) aneinandergeraten könnten. Trotz der harten Linie, die der türkische Präsident Erdogan vorgibt, sollte die EU den Dialog mit Ankara nicht völlig abbrechen. Immerhin würde die Hälfte der türkischen Bevölkerung nach wie vor Hoffnungen in die EU setzen und an die Demokratie glauben.

Die numerische Zukunft hat bereits gestern begonnen

Ein gigantischer, wirtschaftlicher und sozialer Umbruch, den es zu gestalten gilt

Nun erhalten wir unsere monatliche Gehaltsabrechnung digital und nicht mehr in einem Briefumschlag. Für Bankauszüge auf Papier müssen wir extra zahlen. Die Oma, die sich mit einer Rechnung zum Bankschalter begibt, um diese dort begleichen zu lassen, zahlt für diese Leistung heute bereits jedes Mal 5 Euro, morgen oder übermorgen wohl eher 10 oder 20 Euro.

Statt Lastwagen erwirbt unsere Armee nun Satelliten, die über große Distanzen hinweg entweder dem Funkverkehr oder der Erdbeobachtung dienen. In Betzdorf finden Sie hinter einem Wald von großen SES-Schüsseln eine elektronische Gesandtschaft des Staates Estland, mit diplomatischem Extraterritorial-Status, aber ohne eine Menschenseele.

Jährlich 10.000 Industrieroboter – das sind rund 200 pro Woche – verschickt der japanische Hersteller Fanuc europaweit aus seinem Lager in Contern, wo er letztes Jahr zu diesem Zweck 30.000 Quadratmeter angemietet hat. In einer nagelneuen Halle des Logistikers Kühne&Nagel, die 320 m mal 120 m misst, können gleichzeitig 40 Lastwagen auf- und abgeladen werden.

Ein Luxemburger Start-up-Unternehmen verwaltet die Patiententermine für Zigttausend Ärzte in Europa, bald wohl für

Hunderttausende von ihnen. Auch wenn der Luxemburger Einzelhandel oft noch nicht weiß, wie E-Commerce funktionieren kann, sind bei uns täglich zig Greco- und DHL-Auslieferer mit Amazon-Päckchen unterwegs, und ständig kommen neue „Pack Up“-Stationen der Post hinzu.

Ist es nicht bereits fast 20 Jahre her, dass durch Amazon unsere Buchhändler in Schwierigkeiten gerieten? Und kurz darauf die Reisebüros, weil die Flugtickets günstiger im Internet zu kaufen waren? Amazon hat hierzulande inzwischen über 2.000 Arbeitsplätze geschaffen und stellt weiter ein. Und die europaweite Kundschaft des expandierenden „elektronischen Handels“ hat über Jahre hinweg dem Luxemburger Fiskus Milliarden Euro an Mehrwertsteuern eingebracht.

Wir könnten diese Liste beliebig fortsetzen, wollen es aber dabei belassen. Doch wenn Ihnen jemand zu erzählen versucht, demnächst bringe eine dritte oder eine vierte Industrierevolution einen großen digitalen Wandel, dann dürfen Sie ihm ins Gesicht lachen und sagen, er hinke der Entwicklung etwas hinterher. Die angesagte Revolution lief nämlich bereits vorgestern an, und heute können wir durchaus bereits erkennen, was sie uns nach und nach bringen wird.

Unzählige Studien erläutern, wie viele Millionen Arbeitsplätze die durch mehr Computer und Roboter geprägte „Revolution“ vernichten und welche neuen Berufe sie fördern wird. Diese Prophezeiungen sollen hier nicht diskutiert werden, weil sie sich leider total widersprechen, und in ihrem Ton von alarmierend bis beruhigend reichen. „L'avenir se situe dans le futur“, sagte eine bekannte Luxemburger Politikerin, um zu betonen, dass Prognosen so schwierig sind, weil sie sich mit Ergebnissen befassen, die sich noch beeinflussen lassen.

Die sinnvollste dieser Projektionen kommt zu einer klaren Schlussfolgerung: Wenn wir nichts unternehmen, werden 98% der Menschen, welche durch die neuen Maschinen und Apps ihren Job verlieren, in der Folge auch keine neue Arbeit finden; wenn man dagegen ihre Aus- und Weiterbildung richtig anpackt, werden 98% von ihnen eine andere, sinnvolle Beschäftigung erhalten. Kurz gesagt: Die Zukunft ist vor allem das, was wir daraus machen.

Verlierer und Gewinner

Ja, auch künftig wird das beschleunigte Rennen hin zu mehr Produktivität Verlierer und Gewinner hervorbringen. Viele, nur marginal produktive Arbeitsstellen werden vernichtet, wobei viele schlecht ausgebildete Menschen riskieren, unter die Räder zu kommen, weil in vielen Bereichen simple, routinemäßige Arbeit obsolet wird. Und auch für gut qualifizierte besteht eine derartige Gefahr, wenn sie es versäumen, ihre

Kompetenz „up-to-date“ zu halten und sich ständig weiterzubilden.

Diese Erkenntnis muss sehr ernstgenommen werden, aber ansonsten ist keine Panik angebracht. Entgegen aller pessimistischen Ankündigungen hat die Einführung der Computer und ihr universeller Einsatz in Verwaltung und Wirtschaft in den letzten 50 Jahren durchaus nicht generell und überall zu einem Abbau an Jobs geführt, ganz im Gegensatz zur wirtschaftlichen Globalisierung mit der Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer.

Doch die neue Bürotechnik hat in den meisten Bereichen der Berufswelt gravierende Veränderungen gebracht, mit denen viele Erwerbstätige nie richtig klargekommen sind. Und diese Entwicklung wird weiterlaufen, wohl in einem erhöhten Tempo und mit noch mehr Stress für manche Menschen. Mehr nicht, aber auch nicht weniger. Alte Berufe verschwinden und neue entstehen, und wer nicht willens oder fähig ist, sich graduell aber grundlegend umzustellen, kann leicht existenziell in die Bredouille geraten.

Nichts Unbekanntes, nichts sensationell Neues. Über die sozialen Konsequenzen der anstehenden und sich beschleunigenden Umwälzungen ist die Politik somit bestens vorgewarnt. Ob sie in der Lage sein werden, das Problem in den Griff zu bekommen, das ist eine andere Frege.

Werden wir überflüssig?

Doch wie zeichnen sich die Perspektiven für unser Land und für seinen öffentlichen

Dienst ab? Zuerst ein Wort zur Arbeitsplatzsicherheit. In den öffentlichen Verwaltungen in Luxemburg ist auf Jahrzehnte hinaus keine nennenswerte Vernichtung von Arbeitsplätzen abzusehen. Daran werden e-Government und die staatlichen Internetportale so wenig ändern wie alle Ankündigungen einer administrativen Vereinfachung.

Dafür gibt es allerdings auch im öffentlichen Sektor zahlreiche Arbeitsplätze, die sich in den kommenden Jahren stark verändern werden, im Arbeitsablauf, bei den verfügbaren Instrumenten, aber auch bei den persönlichen Aufgaben und Zielsetzungen.

Dass unser Staat aber in die Lage kommen könnte, Mitarbeiter abbauen zu müssen, oder auch nur überhaupt abbauen zu können, ist wohl in absehbarer Zeit undenkbar. Vielmehr lebt er ständig und immer gravierender mit dem Problem, seinen Bedarf an fähigem und motiviertem Personal auf dem Arbeitsmarkt nicht decken zu können.

Offensichtlich braucht eine immer kompliziertere Welt auch immer mehr Regulierung, Überwachung und öffentliche Verwaltung. Dass Luxemburg so attraktiv ist für internationale Investoren und Unternehmer, beruht zudem in erster Linie auf der Tatsache, dass bei uns das unternehmerische Umfeld und die persönliche Lebensqualität stimmen, weil der Staatapparat und die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen hier besser funktionieren als anderswo.

Und für das künftige Gedeihen unserer Wirtschaft wird die entscheidende Rolle

des Staates weiter deutlich an Bedeutung zunehmen. Denn angesichts der fortschreitenden europäischen Harmonisierung auf juristischer und steuerlicher Ebene ist es erforderlich, unsere Steuerschlupflöcher und Souveränitätsrisiken durch einen (digitalen) Kompetenzvorsprung zu ersetzen.

Am Ball bleiben

Digitale Veränderung hin oder her, die rasante demografische Expansion unseres Landes erfordert unweigerlich mehr Lehrer, Richter und Polizisten, sowie auch immer mehr Ärzte, Krankenpfleger, Rechtsanwälte, Friseure und Kellner gebraucht werden. Nun hat sich aber in den letzten Jahren das Wirtschaftswachstum nochmals deutlich beschleunigt, und es sieht nicht danach aus, als könne hier eine baldige Beruhigung eintreten.

Und auch dies hängt eng damit zusammen, dass Luxemburg es eben geschafft hat, im schnellen Wandel der europäischen und der globalen Wirtschaft und angesichts des schärferen internationalen Wettbewerbs, sich breiter und solider aufzustellen. Wir konnten in den letzten 20 Jahren unsere exportorientierten Tätigkeiten schneller als andere an die neuen Erfordernisse anpassen, was uns nach und nach zu einem eindeutigen Gewinner der Globalisierung und der Digitalisierung werden ließ.

Die Amerikaner erfinden Smartphones, Tablets und Wearables, und die Chinesen schrauben sie zusammen. Die meisten derartigen Geräte für den europäischen Markt erreichen ihre Kunden über Cargolux und den Findel. Und bereits vorher hatten wir es geschafft, uns den digitalen Amerikanern und Asiaten als „Gateway to Europe“ anzudienen, als den idealen Standort für ihr EU-Business. Und SES bescherte uns in der Satellitenübertragung einen Löwenanteil am weltweiten TV-Verteil- und Fernmeldeschäft.

Luxemburg 4.0

Unsere leistungsstarken Datazentren, in die viele öffentliche Gelder investiert wurden, sichern uns eine markante Rolle im Cloud Computing und haben uns zum Betreiber aller EU- und NATO-Datenbanken aufrücken lassen. Durch die Dynamik der Universität Luxemburg und der öffentlichen Forschungsinstitute, dank vieler Staatsmittel wohlverstanden, spielen wir in der ersten Liga in der (enorm computerlastigen) Biomedizin, in präzisen Bereichen der Weltalltechnik sowie bei Cybersecurity, also der Daten- und Netzsicherheit, welcher eine schnell wachsende Bedeutung zukommt.

Somit sind wir heute eindeutig eine internationale Hochburg der ICT-Branche, der neuen Technologien für Information und Telekommunikation, eines der wesentlichen Bestandteile der numerischen Revolution. Skype, das weltweite Internet-Telefonsystem, wurde hier gegründet und hat weiterhin seinen Zentralsitz hier. Der Bezahlendienst Paypal unterhält bei uns sein europäisches Hauptquartier, genau wie eine Reihe anderer

Spezialisten im Bereich der rein numerischen Zahlungssysteme.

Und bei den digitalen Start-ups, die bei uns entstehen oder die es hierherzieht, geht es oft um FinTech-Anwendungen, also numerische Finanzdienstleistungen für die Bankenwelt oder im Wettbewerb mit diesen, oder um RegTech, das bankinterne Risikomanagement samt automatisiertem Datenaustausch mit den Aufsichtsbehörden des Finanzsektors.

Unabhängig davon, ob Bitcoin nur ein Strohfeuer ist oder nicht, die ersten amtlich zugelassenen Bitcoin-Börsen Bitstamp und bitFlyer operieren in Luxemburg, was den Pioniergeist der hier niedergelassenen und sich hier ansiedelnden Akteure verdeutlicht. Die Notierung von Zigtausenden Wertpapieren an der Luxemburger Börse und ihre Verwahrung bei Clearstream sowie die Beheimatung von 14.000 Investmentfonds, samt der täglichen Kursfestsetzungen und der enormen, vorgeschriebenen Dokumentation, machen unseren Finanzplatz vor allem zu einer gigantischen Datenbank und einer enormen Rechenmaschine.

Mut statt Verzagen

Weder neu noch unbekannt, erlebt die Digitalisierung dennoch eine verstärkte Aufmerksamkeit und löst Ängste aus, weil sie auf immer breiterer Front in neue Arbeitsbereiche eindringen wird, in das tägliche Wirken normaler Angestellter und Arbeiter, als Algorithmen bei routinemäßigen Verwaltungsvorgängen und in Form von Robotern bei der industriellen Fertigung. Roboter und Computer werden zudem mit künstlicher Intelligenz ausgerüstet, der Fähigkeit also weiterzulernen, statt bloß Vorgegebenes zu wiederholen.

Seit 1949 beschäftigt die Goodyear-Reifenfabrik in Colmar-Berg Tausende von Produktionsarbeitern, jene aber, die 2019 in Düdelingen startet, wird mit ein paar Dutzend auskommen: Deutlicher könnte man den Kontrast nicht vorführen. Bemerkenswert ist allerdings, dass der in 21 Ländern produzierende Konzern dieses vollautomatisierte Werk in Luxemburg und nicht anderswo errichtet. Wobei auch das hiesige Forschungsinstitut von Goodyear konsolidiert wird, das auf den Automotive Campus in Bissen umzieht und sich bereits als Kunde für den geplanten Hochleistungscomputer anmeldet.

Bei alledem befinden wir uns auf dem richtigen Kurs, denn es wäre fatal, sich auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Wichtige traditionelle Pfeiler unserer Wirtschaft verlieren nämlich ihren Atem: So stellen bekanntlich die Banken längst nicht mehr die Lokomotive unseres Wachstums dar.

Die Bankenkrise erlaubte es, den Finanzsektor unabhängiger vom Einlagen- und Kreditgeschäft zu machen, und gleichzeitig andere Geschäftsfelder intensiver zu bedienen. Vor allem schaffte es die Finanzmetropole, Zweigniederlassungen vieler internationaler Unternehmen aus anderen Sektoren der Ökonomie nach Luxemburg zu locken,

um auf vielfältige Art und Weise die Vorteile eines vielsprachigen und multikulturellen Ambientes zu nutzen.

Vielseitiger Ersatz für die Banken

Seit 2008 haben die Banken rund 1.200 Stellen abgebaut, während die Fondswalter und Finanzdienstleister noch zusätzliche 4.200 Arbeitsplätze schaffen konnten, obschon sich ihr wachsendes Geschäft wegen der Verbesserung der Produktivität nicht ganz im Personalbestand widerspiegelt.

Der Finanzplatz im engeren Sinne (das sind die von der CSSF überwachten Institute) ist in 9 Jahren nur um 3.000 Beschäftigte oder um 7% gewachsen. Gleichzeitig wurden aber in Luxemburg insgesamt 76.700 Jobs geschaffen, ein Plus von 21%. War der Anteil des Finanzsektors am gesamten Arbeitsmarkt zwischen 2000 und 2008 von 10% auf 12% angewachsen, so ist er inzwischen wieder auf 10,6% abgesunken.

Immerhin ist der Finanzplatz nicht untergegangen, trotz Bankenkrise, Luxleaks-Debatten und Schwarze-Liste-Manöver sowie Veränderungen am Bankgeheimnis mit systemischen Zinsertrags-Meldungen an ausländische Steuerbehörden. Heute ist er im internationalen Wettbewerb sogar stärker aufgestellt als vor 10 Jahren, obschon die Abhängigkeit des Landes von der Geldbranche rückläufig ist.

Die sektorale Diversifizierung hat neue Ableger europäischer und globaler Player nach Luxemburg gebracht, in einem Ausmaß, dass die international ausgerichteten Auditfirmen, welche sie betreuen, ihren Personalbestand in ein paar Jahren verdoppeln konnten.

Ferner nähren Hunderte von Start-ups, mit einem noch minimalen Beitrag zum BIP und einem bescheidenen Anteil am Arbeitsmarkt, die Hoffnung, dass unser Land weiter auf der Siegerseite bleibt in der „numerischen Revolution“, die sich über Jahrzehnte hinziehen wird. Somit ist ein anhaltender Aufschwung gesichert, in wirtschaftlicher wie in demografischer Hinsicht.

Doch selbst wenn dieses Wachstum eindeutig den (noch reichlich unklaren) Kriterien des geforderten „selektiven“, „nachhaltigen“, „inklusive“, „intelligenten“ Wachstums entspricht, so führt es doch zu einer Verschärfung unserer Probleme in Sachen Verkehrsinfarkt und Wohnraumverteuerung, aber nur wegen des totalen Versagens unserer Politiker auf diesen Gebieten.

Und dass Luxemburg als Land im externen Wettbewerb ein Gewinner bleibt, bedeutet keineswegs, dass es intern von den sozialen Konsequenzen verschont bleiben könnte. Sagt uns nicht Rifkin, dass ein nach und nach größer werdender Anteil der Bevölkerung nicht produktiv in den gewinnorientierten Betrieben arbeiten kann, so dass hier eine neue Art von Jobs außerhalb der Konkurrenzwirtschaft geschaffen werden muss?

Aber bei diesem wesentlichen Diskurs ist unsere Politik offensichtlich noch nicht angekommen.

Paul Zimmer

En ligne avec vous

Drive

L'assurance AUTO nouvelle génération.
www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

dbb-Bundesvorsitzender traf CESI-Führungsspitze in Luxemburg

Zu einem ausgedehnten Gedankenaustausch traf am 22. Januar 2018 der Vorsitzende des dbb Beamtenbund und Tarifunion, Ulrich Silberbach, mit der Führungsspitze der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) in Luxemburg zusammen. Die CESI war bei dieser Gelegenheit vertreten durch ihren Vorsitzenden Romain Wolff, zugleich Nationalpräsident der CGFP, CESI-Generalsekretär Klaus Heeger und Schatzmeister Urs Stauffer. Von CGFP-Seite nahm ferner CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger an dem Gespräch teil.

Erst im November vergangenen Jahres war Ulrich Silberbach anlässlich des dbb-Gewerkschaftstages an die Spitze des dbb Beamtenbund und Tarifunion gewählt worden. Er trat damit die Nachfolge von Klaus



Klaus Heeger, Urs Stauffer, Ulrich Silberbach, Romain Wolff und Steve Heiliger (v.l.n.r.)

Dauderstädt an, der dem dbb in den fünf vorangegangenen Jahren vorstand. Mit über 1,3 Millionen Mitgliedern ist der dbb nicht nur die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor, sondern zugleich die mitgliederstärkste Organisation innerhalb der

Sozialpartnerin. Es könne in der Tat nicht angehen, dass die CESI mir ihren fünf bis sechs Millionen Mitgliedern bei wichtigen europäischen Treffen wie beispielsweise dem in Göteborg organisierten Sozialgipfel einfach außen vorgelassen werde und somit Millionen von Beschäftigten die Stimme verweigert würde. **s.h.**

Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften. dbb und CGFP sind insofern eng miteinander verbunden, als beide Berufsverbände als Gründungsmitglieder der CESI gelten.

Im Mittelpunkt des Gespräches zwischen dem dbb-Bundesvorsitzenden und der CESI-Führung standen dann auch in erster Linie europapolitische Fragen. Ein weiteres Kernthema war die Anerkennung der CESI auf europäischer Ebene als europäische



Webinfo

Schnell und übersichtlich informiert: www.cgfp.lu

CGFP



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.